

80412000



B 90/Die Grünen • Rathaus • 51465 Berg. Gladbach

An die Bürgermeisterin
Frau Maria Theresia Opladen
- Rathaus -

im Stadtrat von
Bergisch Gladbach

Telefon + Fax 02202 / 14 22 42
email: gruenefraktion.gl@gmx.de
www.gruene.de/bergisch-gladbach

EINGEGANGEN
1-103
16. Nov. 2000

1-103 hat vorab
Kopie erhalten

Bürozeiten:
die 9-14 Uhr, do 9-17 Uhr
BürgerInnensprechstunde:
montags 17-18 Uhr

15.11.2000

Antrag für den Hauptausschuss am 5.12.2000- Gedenktafel für NS-Zwangsarbeiter

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Wir bitten Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen.

Der im Ältestenrat vorgestellte Text ist unseres Erachtens nicht ausreichend. Darum bitten wir, die im nachfolgenden Text hervorgehobenen Änderungen vorzunehmen:

*Während des Zweiten Weltkrieges mussten mehr als 2000 aus West- und Osteuropa verschleppte Menschen im Stadtgebiet von Bergisch-Gladbach bei Firmen, Behörden und Einrichtungen Zwangsarbeit leisten. Mindestens 126 von ihnen kamen hier ums Leben. **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bedauert dies sehr.** Im Gedenken an das Leiden dieser Menschen wollen wir BürgerInnen Bergisch Gladbachs uns heute für Gerechtigkeit und Frieden **und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.***

Darüber hinaus bitten wir Sie darum, uns mitzuteilen, wann die Tafel fertig gefertigt sein wird, und wo sie installiert werden soll.

Magda Ryborsch
Fraktionsvorsitzende

Absender Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Drucksachen-Nr. 724/2000	
		☒	Öffentlich
		☐	Nicht öffentlich
Antrag			
der Fraktion, der Ratsmitglieder ✓		zur Sitzung des	
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Rates am 02.11.2000	

Tagesordnungspunkt

**Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ratssitzung am 02.11.2000;
Gedenktafel für die NS-Zwangsarbeiter**

Inhalt

Der Antrag und die Stellungnahme der Bürgermeisterin sind beigelegt.

Stellungnahme der Bürgermeisterin:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mit Schreiben vom 31.10.2000 den beigegeführten Dringlichkeitsantrag für die Ratssitzung am 02.11.2000 vorgelegt. Darin beantragt sie, den Text der Gedenktafel für die NS-Zwangsarbeiter im Rat abstimmen zu lassen. Zu dem Verwaltungsvorschlag trägt sie verschiedene Änderungswünsche vor.

Nach § 48 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) NW, § 12 Abs. 3 Geschäftsordnung, *kann* durch Beschluss die Tagesordnung erweitert werden, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die keinen Aufschub duldet oder von äußerster Dringlichkeit ist.

Das Gesetz knüpft dabei an die Formulierung in § 60 I S. 2 und 3 GO NW. Danach duldet eine Angelegenheit dann keinen Aufschub, wenn ihre Entscheidung unter Berücksichtigung der Ladungsfrist nicht bis zur nächsten Ratssitzung aufgeschoben werden kann, ohne das Nachteile eintreten, die nicht wieder rückgängig gemacht werden können. Von äußerster Dringlichkeit ist eine Angelegenheit, wenn eine sofortige Entscheidung des Rates geboten ist.

Wann eine Angelegenheit vorliegt, die keinen Aufschub duldet oder von äußerster Dringlichkeit ist, erläutert das Gesetz nicht. Es handelt sich vielmehr um unbestimmte Rechtsbegriffe, die der Auslegung bedürfen. In der Literatur wird als Beispiel für eine Angelegenheit, die keinen Aufschub duldet eine fristgebundene Entscheidung genannt. Eine Angelegenheit von äußerster Dringlichkeit ist gegeben bei Katastrophen oder öffentlichen Notständen.

Hinsichtlich des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könnte man zu der Auffassung kommen, dass es sich um eine Angelegenheit handelt, „die keinen Aufschub duldet“, denn es ist der Wunsch aller Fraktionen, dass möglichst bald die Gedenktafel für die NS-Zwangsarbeiter am Rathaus Gladbach angebracht werden soll und die Fertigstellung erst erfolgen kann, wenn der Text festgelegt ist.

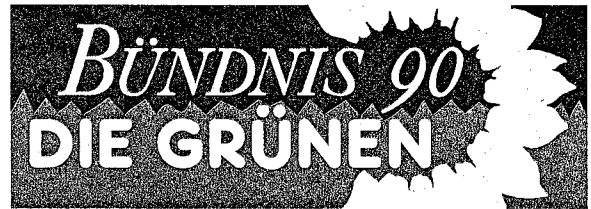
In der Ratssitzung am 14.09.2000 wurde angeregt, die zur endgültigen Umsetzung der vom Rat beschlossenen Resolution noch erforderlichen Abstimmungen im Ältestenrat vorzunehmen.

Das Thema *NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter* war Gegenstand der Sitzung des Ältestenrates am 23.10.2000. Die Mitglieder des Ältestenrates befassten sich u.a. mit dem Text für die Beschriftung der Gedenktafel. Die Fraktionsvorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Ryborsch, hatte in dieser Sitzung bereits die im vorliegenden Dringlichkeitsantrag gewünschten Änderungen vorgetragen. Mehrheitlich war man jedoch der Auffassung, es bei der nachfolgenden Formulierung zu belassen und die Gedenktafel auch kurzfristig in Auftrag zu geben:

Während des Zweiten Weltkrieges mussten mehr als 2000 aus West- und Osteuropa verschleppte Menschen im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach bei Firmen, Behörden und Einrichtungen Zwangsarbeit leisten. Mindestens 126 von ihnen kamen hier ums Leben. Im Gedenken an das Leiden dieser Menschen wollen wir Bürgerinnen und Bürger Bergisch Gladbachs uns heute für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach

Aus meiner Sicht wäre eine weitere Beschlussfassung im Rat daher nicht zwingend erforderlich. Sollten die Mitglieder des Rates gegenteiliger Auffassung sein, ist zunächst über die Erweiterung der Tagesordnung zu entscheiden.



B 90/Die Grünen • Rathaus • 51465 Berg, Gladbach

im Stadtrat von
Bergisch Gladbach

An die Bürgermeisterin
Frau Maria Theresia Opladen
- Rathaus -

ERCEGANGEN
1-103
31. Okt. 2000

Btten. hat Kenntnis
genommen

Telefon + Fax 02202 / 14 22 42
email: gruenefraktion.gl@gmx.de
www.gruene.de/bergisch-gladbach

Bürozeiten:
die 9-14 Uhr, do 9-17 Uhr
BürgerInnensprechstunde:
montags 17-18 Uhr

31.10.2000

Dringlichkeitsantrag zur Ratssitzung am 2.11.2000- Gedenktafel für NS-Zwangsarbeiter

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

in der letzten Ältestenratsitzung wurde uns der Text für die Gedenktafel zur Erinnerung an die in Bergisch Gladbach beschäftigten ZwangsarbeiterInnen vorgestellt. Da Sie den Ältestenratsmitgliedern bekannt gaben, die Tafel sei bereits in Arbeit, möchten wir den bestehenden Antragstext dem Rat zur Abstimmung stellen:

Während des Zweiten Weltkrieges mussten mehr als 2000 aus West- und Osteuropa verschleppte Menschen im Stadtgebiet von Bergisch-Gladbach bei Firmen, Behörden und Einrichtungen Zwangsarbeit leisten. Mindestens 126 von ihnen kamen hier ums Leben. Im Gedenken an das Leiden dieser Menschen wollen wir BürgerInnen Bergisch Gladbachs uns heute für Gerechtigkeit und Frieden einsetzen.

Zu diesem Text haben wir folgenden Änderungswunsch:

*Während des Zweiten Weltkrieges mussten mehr als 2000 aus West- und Osteuropa verschleppte Menschen im Stadtgebiet von Bergisch-Gladbach bei Firmen, Behörden und Einrichtungen Zwangsarbeit leisten. Mindestens 126 von ihnen kamen hier ums Leben. **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bedauert dies sehr.** Im Gedenken an das Leiden dieser Menschen wollen wir BürgerInnen Bergisch Gladbachs uns heute für Gerechtigkeit und Frieden **und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.***

Begründung: Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass die Gedenktafel bereits in Arbeit sein soll, wir jedoch einen offiziellen Ratsbeschluss für angemessen halten.

Magda Ryborsch
Fraktionsvorsitzende

01. Dez. 2000

Ho

FB 6-65
Herr Stabenow

30.11.00

FB 1-104
Herrn Rau

*L
N*

*2-103
Fran Monheim
für Hauptaussegnung
am 05.12.00 TOP 16*

Vermerk: Gedenktafel für NS-Zwangsarbeiter

a.) Termine

Nach Überlegungen hinsichtlich der Materialien für die Ausführung der Gedenktafel (Metall oder Naturstein) werden zur Zeit zwei Angebote auf Grundlage des festgelegten Textes und für den Standort Rathaus Bergisch Gladbach, durch Fachfirmen ausgearbeitet.

Unverzüglich nach Prüfung der Angebote und Bereitstellung der Mittel wird der Auftrag zur Ausführung erteilt.

Bedingt durch die anstehenden Weihnachtsferien wird sich der Liefertermin bis in das 1. Quartal 2001 erstrecken.

Bei günstiger Witterung kann somit im März 2001 die Montage erfolgen.

b.) Standort

Als Standort wurde die vorspringende Wandfläche, rechts der Haupteingangstreppe am Rathaus Bergisch Gladbach gelegen, festgelegt.

Stabenow